

Kammerer Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg. die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Grombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 110.

Donnerstag den 12. September 1907.

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Parteibewegung.

In diesen Tagen werden und sind eine ganze Anzahl von großen Parteikongressen abgehalten, die das Präliminar zur parlamentarischen Winterkampagne bilden. In Elberfeld ist der erste Parteitag der Christlich-Sozialen eröffnet worden. Wie gemeldet wird, wurden auf demselben scharfe Angriffe gegen den Reichsfiskus wegen des Ausschusses des Grafen Posadowsky gerichtet. Aus zahlreichen Ansprachen ging hervor, daß der Kampf der Christlich-Sozialen, die sich wiederholt als Kampfpartei bezeichneten, auf der ganzen Linie dem Liberalismus unentwegt gelten wird. Die Verhandlungen des Parteitages dauern zwei Tage unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nebenher werden viele öffentliche Agitationsversammlungen abgehalten.

In Wiesbaden tagte, wie schon berichtet, der alldeutsche Verband. In scharfer Form wurde dort die Haltung der Regierung in der Marokkaffäre getadelt. Die „multilaterale“ Beschließung von Casablanca stehe außerhalb der Abmachungen von Algéciras. Die Regierung solle das Vorgehen Frankreichs mißbilligen und die Entschädigung der benachteiligten Deutschen mit allem Nachdruck betreiben. Professor Haffke sagte zu diesem Punkt: „Was ist Marokko für uns geworden? Ein jahrelang fortgesetztes Rückzugsgefecht, heute eigentlich schon die Bitte um Entschuldigung, daß wir noch auf der Welt da sind.“ Zur Polenfrage wurde vom Referenten Prof. Hörsch-Posen und allen Rednern mit einer Ausnahme die Enttarnung der Polen verlangt. Der Reichstagsabg. v. Liebert erklärte dabei: „In der Politik muß Macht vor Recht gehen.“ Graf Reventlow verlangte in seinem Referat über die Marinefrage eine starke Vermehrung der Flotte und eine schnelle Schaffung einer Unterseeflotte.

Auf dem Vertretertag des Reichsverbandes der national-liberalen Jugend in Kassel sprach Dr. Goldschmidt über die Politik im Reich und in Bayern. Er erklärte in Bezug auf die preussische Wahlrechtsfrage, die Jungliberalen ständen nicht auf dem Standpunkt: „Alles oder nichts“ und würden, unbeschadet ihres prinzipiellen Standpunktes: Uebertragung des Reichswahlrechts auf die Bundesstaaten, auch einer Teilreform zustimmen. Eine Sprengung des Blocks müsse unter allen Umständen vermieden werden, auch die konservativ-liberale Paarung müsse beibehalten werden.

Die Deutsche Mittelstandsvereinigung hat sich auf einem Kongress in Straßburg i. E. ein neues Programm gegeben, das in einer Reihe von Leitsätzen niedergelegt ist. Es wird darin ausgesprochen, daß die Vereinigung „eine wirtschaftlich berufliche Organisation zur Förderung der Standesinteressen des gesamten Mittelstandes“ sei, die bestrebt ist, durch Selbsthilfe und durch Anregung der Staatshilfe ihre Ziele zu verfolgen. Die Vereinigung erwartet von den bürgerlichen Parteien, daß sie ihr hierin Unterstützung gewähren. Die Ausstellung eigener Kandidaten für die Parlamente will die Mittelstandsvereinigung dann selbstständig vornehmen, wenn die bürgerlichen Parteien sich über die Aufstellung eines geeigneten Kandidaten nicht verständigen.

Deutschland.

— Die fünf Armeeinspektionen werden durch Kabinetsorder vom 8. September am 1. Oktober um eine sechste vermehrt. Dadurch erfährt ihre Zusammensetzung auch eine Änderung. Die Sitze der sechs Armeeinspektionen sind: Berlin, Meiningen, Hannover, München, Karlsruhe und wiederum Berlin.

— Die deutsche Hochseeflotte hat sich zu Bandungsmanövern von Kiel nach Apenrade begeben. Die 16 Linienfahrzeuge der Hochseeflotte werden bei Apenrade bis zum 13. September mit ihren Bandungskörpern Feldübungen vornehmen. Am Schlußtage werden die vereinigten Bandungskörper gegen Teile des 9. Armeekorps operieren.

— Zahlreiche Unglücksfälle beim Manöver der 56. Infanterie-Brigade sollten vorgekommen sein. Eine offiziöse Drahtmeldung aus Einsheim a. d. Elsenz bezeichnet die Angaben als unrichtig, fügt aber hinzu: „Bei der starken Hitze sind natürlich Marschunfälle eingetreten, aber ohne jede ernste Folge geblieben.“ — Daß ein Mann vom Regiment Nr. 7 infolge Fallens in seine Lanze in der Nähe von Schloß Arnstein verunglückt sei, ist nicht richtig. Wie der „Köln. Ztg.“ vom Regiment mitgeteilt wird, ist bei ihm ein solcher Unglücksfall nicht vorgekommen.

— (Deutscher Pfarrertag.) Der Deutsche Pfarrertag nahm in Hannover mit einer sehr zahlreichen besuchten Abgeordneten-Versammlung der Vereinigung preussischer Pfarrervereine seinen Anfang. Nach Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten besprach der Vorsitzende Dr. Floß die wirtschaftliche Lage der Pfarrer, die einer Besserung dringend bedürfe. Die Versammlung nahm hierzu eine Resolution an, in welcher eine Gehaltsstala von mindestens 2700 bis 6000 Mk. nach 21jähriger Dienstzeit mit dreijähriger Steigung als zu erreichende Mindeststala, und im Falle der Aufhebung der Kommunalsteuerfreiheit eine entsprechende weitere Erhöhung des Gehalts für notwendig erklärt wird. — Weiter wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Wir haben das Vertrauen zu unserem Kirchenregiment, daß es im Zusammenhang mit der bevor-

stehenden Gehaltserhöhung der Geistlichen eine Gesetzesvorlage betr. Veretzung im Interesse des Dienstes wider den Willen des betr. Geistlichen nicht, wie es die Zeitungen behauptet haben, einbringen, noch wenn sie von anderer Seite eingebracht würde, gutheißen würden.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Stellung der Pfarrervereine zur sachmännischen Schulaufsicht. Hierzu lagen mehrere Anträge vor, welche eine längere Aussprache hervorriefen. Schließlich wurde auf Antrag des Pfarrers und Kreisschulinspektors Wegel (Sandow) ein Antrag angenommen, der die Beschlußfassung der Anträge bei der Wichtigkeit der Sache und bei der Unmöglichkeit, sie heute ruhig und gründlich zu besprechen, auf die Versammlung des nächsten Jahres verschob.

— Die deutschen Handwerks- und Gewerbetammern traten in Straßburg zu ihrer 8. Tagung zusammen. Vertreter des Handwerks sind aus allen Teilen des Reiches erschienen, um zu den aktuellen Fragen, die das deutsche Handwerk berühren, Stellung zu nehmen. Auf der Tagesordnung sind Fragen, die unmittelbar vor der gesetzgeberischen Erledigung stehen, so die Frage des kleinen Befähigungsnachweises, der Vergebung öffentlicher Lieferungen und Arbeiten an Handwerkervereinigungen, die Sicherung von Bauhandwerkerforderungen, die Reform der Arbeiterversicherungsgeetze uhm. Manche sachverständige Vorschläge zur Verbesserung dieser Vorschläge werden auf der Tagung gemacht werden.

— Mit Bezug auf den kleinen Befähigungsnachweis wurde nach längerer Debatte ein Antrag angenommen, der den vorliegenden Gesetzentwurf der Regierung dankbar begrüßt und ihm im allgemeinen Zustimmung erteilt. Nur in einzelnen Punkten werden Änderungen verlangt, so u. a. darin, daß an Stelle der unteren Verwaltungsbehörden die Handwerkskammern gesetzt werden; daß die Verleihung der Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen nur widerruflich und mit Zustimmung (nicht nach Anhörung) der Handwerkskammern erfolgen kann. Außerdem sollen die Landeszentralbehörden nach Anhörung der Handwerkskammern befugt sein, bei denjenigen Gewerben, bei denen der Meistertitel nicht üblich ist, die Führung eines Titels zu gewähren, der dem Meistertitel gleich zu achten ist. Die Einführung der obligatorischen Gesellenprüfung soll gleichfalls in den Gesetzentwurf eingefügt werden. Weiterhin nahm der Handwerks- und Gewerbetammertag eine Resolution an, in der Staats- und Reichsbetriebe aufgefordert werden, bei der Vergebung ihrer Arbeiten das Handwerk angemessen zu berücksichtigen.

— Der Christlichsozialer Parteitag zu Elberfeld hat in Sachen des preussischen Wahlrechts einstimmig eine Resolution angenommen, worin das bestehende Landtagswahlrecht für reformbedürftig erklärt wird, weil es mit dem Kulturzustand des preussischen Volkes in Widerspruch stehe und viele Volkskreise von der Vertretung im Landtage ausschließe. Die Stellungnahme zu den Reformvorschlägen bleibt vorbehalten, aber jetzt schon halten die Christlichsozialen das geheime Wahlrecht für die Urwahlen und die Wahlmänner sowie die Befestigung des plutokratischen Charakters des jetzigen Wahlrechts für die unerläßlichen Voraussetzungen jeder kommenden Wahlrechtsreform. Betreffs der Arbeiterfrage wurde einstimmig eine Resolution angenommen, der zufolge eine vom Reichsamt des Innern ressortierende ständige Zentralstelle zur Pflege des Friedens im Arbeiterverhältnis geschaffen werden möge.

— Der 16. internationale Friedenskongress ist in München eröffnet worden. Alle bayerischen Ministerien außer dem Kriegsministerium hatten Vertreter entsandt, ebenso die preussische, die österreichische und die russische Gesandtschaft. Universitätsprofessor Harburger begrüßte die erschienenen etwa 250 Delegierten und betonte, der Kongress strebe nach einem hohen Ideal, heute könne man nicht mehr sagen, das Ziel, Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht zu erledigen, sei unerreichbar.

In der ersten Plenarsitzung berichteten fünf Referenten über die Verhandlungen der zweiten Haager Konferenz. Alle Referenten stimmten darin überein, daß die zweite Haager Konferenz durchaus nicht resultatlos sei, und daß die Feststellungen der Konferenz über die Schiedsgerichte als positive Resultate zu begrüßen seien, daß aber allerdings noch nicht das letzte Ziel der Friedensfreunde damit erfüllt sei.

— Zur Koblenzer Spionageaffäre wird von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die Schuld des dortigen Wigwachtmeisters Girstein keineswegs erwiesen sei. Es sei auch noch nicht festgestellt, ob Girstein dem Schiwara Druckvorschriften ausgehändigt habe. Girstein bestreitet ganz entschieden jede Mitschuld an dem Diebstahl der Druckfassen auf dem Koblenzer Regimentsbureau. Schiwara habe den Diebstahl allein ausgeführt, als er den ihm befreundeten Girstein auf dem Geschäftszimmer besuchte. Gegenwärtig schweben Ermittlungen darüber, inwieweit die gestohlenen Bücher als Geheimdokumente anzusehen sind. Die Untersuchung wird durch das Gericht der 15. Division geführt, Schiwara hat sich 1905 in das Vertrauen einzelner Militärpersonen eingeschmeichelt, indem er sich als Vorsit-

zender des Solinger Kriegervereins vorstellte. Es wird bestätigt, daß gegen Schiwara Anklage wegen Hochverrats erhoben ist.

Schwer gefesselt und von acht Kriminalbeamten begleitet, wurde vom Bahnhof Rote Erde in Aachen ein vornehm aussehender stattlicher Herr mit grau meliertem Spitzbart zu dem nach Köln führenden Zug eingeliefert, um nach Koblenz transportiert zu werden. Es soll ein deutscher Adliger sein und mit der Landesverratsangelegenheit Schiwara in Verbindung stehen.

— Eine Lohnbewegung ist im Niederlausitzer Braunkohlenbezirk ausgebrochen. Ein Teil der Arbeiter hat eine Massenkündigung eingereicht. Sie fordern in der Hauptsache eine Verfürzung der Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Die Bewegung scheint sich vorläufig auf die dem Arbeiterverbände angehörenden Mitglieder zu erstrecken, da von der Gesamtbelegschaft von 14 000 nur 1300 Mann sich an der Massenkündigung beteiligt haben.

Ausland.

Holland.

— (Von der Friedenskonferenz.) Die Rede des deutschen Delegierten Hr. v. Marschall hat gewirkt, freilich in negativem Sinn: es ist hinsichtlich der Heranziehung Neutralen, die in einem kriegsführenden Staat leben, gar kein Beschluß gefaßt worden, sondern man begnügte sich mit der Annahme einer Resolution. Das ist immer noch besser, als wenn man sich mit Beschlüssen blamiert hätte, die einen Widerstich in sich selbst trugen.

Am Dienstag hat das Plenum der Schiedsgerichtskommission den deutsch-englisch-französisch-amerikanischen Entwurf, betreffend die Errichtung eines internationalen Preisengerichts mit 26 gegen 2 Stimmen (Brasilien und Türkei) bei 15 Stimmenthalten (darunter Rußland und Japan) angenommen.

Belgien.

— (Der Streik in Antwerpen.) Zur Beilegung des Ausstandes ist von dem Vermittlungsamt ein Vergleichsvorschlag gemacht worden, der auf folgenden Grundlagen beruht: 1) Der Lohn wird um 50 Centimes erhöht. 2) Die Arbeiter verpflichten sich, vor Ablauf eines Jahres nicht mehr von einer Lohnerhöhung zu sprechen, und 3) für Ueberstunden keinen Lohnzuschlag von 50 Prozent zu verlangen. Die Arbeiter scheinen geneigt zu sein, auf den Vorschlag einzugehen. Montag wurde der Genosse des Brandstifters Posthumus verhaftet. Er wird der „schwarze Wilhelm“ genannt und ist ebenfalls Diamantschleifer und Anarchist. Er ist vollständig geständig.

Russland.

— Der neue russische Kreuzer „Kurik“, der in England erbaut war und bei der ersten Probefahrt die kontraktliche Geschwindigkeit nicht erreichte, leistete bei einer neuen Probe die vertragsmäßigen 21 Knoten. Da eine höhere Schnelligkeit nicht erzielt werden konnte, verschob die Abnahmekommission ihr Endurteil bis zur dritten Probefahrt. In Marinereisen bezeichnet man den Typ des „Kurik“ wegen seiner geringen Geschwindigkeit als unzulänglich. Das russische Marineministerium prüft die Baupläne und Kostenanschläge für vier neu zu erbauende Schlachtschiffe von je 21 000 Tonnen Displacement.

— Auch in Lodz hat infolge der entsetzlichen Mordtaten der letzten Tage ein Pogrom begonnen. Elf Personen, darunter vier Frauen, wurden erschossen, vier Personen, darunter zwei Frauen, verletzt. In der Baluthorstadt dauerte die Schießerei noch am frühen Morgen fort.

Nach Meldungen aus Kischinew soll dort ebenfalls am jüdischen Neujahrstage ein Pogrom stattgefunden haben. Viele jüdische Läden sind zerstört und geplündert worden. Die Zahl der Verwundeten ist groß.

England.

— (Englische Politik.) Der englische Kriegsminister Haldane hielt in Abberthorpe eine Rede, in der er auf verschiedene Kritiken antwortete, die man an seiner Verwaltung geübt hatte, namentlich deshalb, weil er bei Lieferungen sich an das Ausland gewendet habe. Er führte aus, er habe, als er sein Portefeuille übernahm, bemerkt, daß bei der Vergebung von Lieferungen bestimmte Firmen von der Heeresverwaltung begünstigt und daß das Land vieles zu teuer bezahle. Was die Fleischlieferungen für das Heer anlangte, so bekümmere er sich so sehr um die Herkunft desselben, als um seine Beschaffenheit und seinen Preis. Auf diese Weise habe er jährlich eine Ersparnis von 50 bis 60 000 Pfund Sterling erzielt. Er habe Hufeisen in Amerika bestellt, weil er fand, daß er hierdurch 15 bis 17 Prozent ersparte und schneller bedient wurde. — In Betreff des englisch-russischen Vertrages sagte Haldane, es sei ein wichtiger Vertrag, der sieben abgeschlossen worden sei. Er hoffe, daß dieser Vertrag endlich die schreckliche Spannung vermindern werde, die seit langen Jah-

Für die Kaisermanöver

laute die allgemeine Kriegslage: Eine rote Armee wurde am 5. und 6. September zwischen Dümen und Lünen von einer blauen Armee geschlagen und gegen den Zeuzburger Wald zurückgedrängt. Die genannten Orte liegen südlich von Münster. Rot ist das verstärkte zehnte Armeekorps mit der Kavallerie-Division B, blau das verstärkte siebente Armeekorps mit der Kavallerie-Division A. — Die rote Partei verhielt sich später, um sich in den Besitz des Geländesabschnittes zu setzen, der durch den Bach Reiche gebildet wird, mit der 20. Division einen Angriff mit Sturm auf die Höhen von Kampenhausen. Die wesentlichen Teile der beiden Parteien wurden mit der Eisenbahn bis in die Nähe des Gefechtsfeldes geführt und nach und nach ausgedehnt, um so gleich einzugreifen. Gegen Mittag ließ die Festigkeit des Gefechts nach. — Der Kaiser wohnte den Manövern in der Uniform der Kaiser zu Pferde bei. Am Montag beobachtete er in Nothe die von Norden her über Hörter anrückende Kavallerie-Division B, welche auf die Spitze des von Süden nachenden 7. Korps stieß. Die Kavalleriedivision B ging auf Brakel zurück.

Das siebente Korps (Blau) beabsichtigte Dienstag den linken Flügel des zehnten Korps (Rot) bei Tietelen anzugreifen, das zehnte Korps erwartete den Feind in stark besetzter Stellung. Der rechte Flügel des siebenten Korps, nämlich die 41. Division, griff um 4 Uhr 30 Min. an, wurde aber zurückgewiesen. In der Folge ging die rote Partei unter heftiger Artilleriefeuer zum Angriff über und drängte den rechten Flügel der blauen Partei auf Warburg zu, so daß das ganze siebente Korps zurückgehen mußte.

Die blaue Partei war am Dienstag auf der ganzen Linie zurückgedrängt worden und hatte, nachdem noch nachmittags kleinere Gefechte stattgefunden hatten, abends eine Stellung nördlich von Warburg mit Front gegen Norden eingenommen. Die rote Partei war nachgedrungen und stand, mit Front gegen Süden, dem Gegner ziemlich dicht gegenüber, mit dem Zentrum bei Beckelsheim. Es gelang der roten Partei auch am Mittwoch, die blaue Partei überall auf Warburg zurückzuwerfen. Der Kampf begann zeitig, doch waren beide Parteien lange Zeit durch dichten Nebel behindert. Später wurde das Wetter sehr schön. Der Kaiser traf mit dem Automobil von Wilhelmshöhe im Gelände ein, während die Manövergäste mit Sonderzug anlangten. Gegen 10 Uhr wurden die Manöver für beendet erklärt. Der Kaiser hielt Kritik ab und kehrte sodann nach Wilhelmshöhe zurück.

Zahlreiche Ordensauszeichnungen an Militärpersonen höheren und niederen Grades, deren Bekanntgabe im „Reichsanz.“ nicht weniger als 5³/₄ Spalten füllt, hat der Kaiser anlässlich der diesjährigen großen Herbstübungen verliehen. Unter anderem erhielten die kommandierenden Generale des 7. und 10. Armeekorps, Fehr. v. Bissing und v. Stünzner den Schwarzen Adlerorden. Der Chef des Generalstabes, General v. Moltke, erhielt das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und der königlichen Krone.

Kriegsminister Generalleutnant v. Einem ist zum General der Kavallerie befördert worden.

(Personalveränderungen in der Armee.) Der kommandierende General des 1. Armeekorps, General der Infanterie Dr. Fehr. v. d. Goltz, ist vom 1. Okt. ab zum Generalinspekteur der neu zu bildenden 6. Armeeinspektion mit dem Sitz in Berlin ernannt worden; derselbe wurde a la suite des Infanterie-Regts. Nr. 41 gestellt. Der kommandierende General des 5. Armeekorps, General der Infanterie Kluck, ist in gleicher Eigenschaft zum 1. Armeekorps versetzt worden. Generalleutnant Cronau, Kommandeur der 1. Division, ist zum Gouverneur von Thorn ernannt.

Aus aller Welt.

Zurichtbare Grubentatastrophe. Nach einer Depesche aus San Antonio (Texas) ereignete sich in der Las Esperanza-Mine (Mexiko) eine schwere Explosion, die 27 Bergleute getötet und 130 verwundet wurden. Infolge der Explosion entstand eine Feuersbrunst, durch die 200 Arbeiter in der Grube eingeschlossen wurden. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen, man fürchtet aber, daß es nicht möglich sein wird, einen der unter Tage Eingeschlossenen lebend zu bergen.

Die Ehe Leopold Wölflings mit der früheren Schauspielerin Adamowitsch ist jetzt endgültig geschieden. Das erstinstanzliche Scheidungsurteil des kaiserlichen Gerichts ist rechtskräftig geworden, da Frau Wölfling nicht innerhalb der gesetzlichen Frist Berufung eingelegt hat.

Feuersbrunst. In Ranton wütet eine Feuersbrunst, die Petroleumlager stehen in Flammen. Der Schaden wird voraussichtlich bedeutend sein.

In der Mordaffäre von Komorowski hat auch Frau Termoska im polizeilichen Verhör gestanden, den Anschlag auf den Grafen Komorowski im Verein mit dem Rechtsanwalt Prüßow erlitten zu haben.

Als Mörder des Schlossers Darmbach wurde der Inhaber einer Privat-Fremdenpflanzung festgenommen. Bei seiner Festnahme bedrohte er die Polizei mit einem Revolver.

Auf dem Bahnhof Rampo Marino fand ein Zusammenstoß eines Güterzuges mit einem Personenzug statt. 12 Wagen wurden zertrümmert. 7 Personen verletzt, darunter 1 schwer.

Mehrere mittelstarke Erdstöße wurden im Wasgenwald verspürt. Auch aus der Gegend werden Erdbeben gemeldet. Die Dauer der Erdstöße schwankte zwischen 1 und 4 Sekunden.

Zu dem schweren Brandunglück in Raab wird noch gemeldet, daß etwa 40 Arbeiter vermisst werden. Man befürchtet, daß sie fast alle in den Flammen umgekommen sind.

In St. Andreasberg i. Harz ist ein Wohnhaus bis an den Schornstein in die Erde gesunken, das Versinken geschah so schnell, daß sich die Bewohner nur mit knapper Not retten konnten. Die Ursache sind wieder die unterirdischen Arbeiten in der Silbergrube.

Zurichtbare Brandstiftungen werden aus dem Gouvernements Kiew und Siebzig gemeldet. Etwa 130 Gebäude sind in den letzten Tagen durch Feuer zerstört worden.

Während eines Stiergefechts in Santander stürzte eine Tribüne ein, 20 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Die Pest. Auf der Insel Mytilene sind 2 neue Pesterkranke zu verzeichnen.

Typhusfieber. Wie aus Königshütte gemeldet wird, ist unter der Belegschaft des Gillebrandtschachtes der Gottessegengrube Typhus ausgebrochen. Die Fälle der Erkrankungen mehrten sich in erschreckender Weise. Die Zahl derselben soll sich auf über dreißig belaufen. Zur Bekämpfung der Krankheit sind umfassende Maßnahmen getroffen. Die Kranken fanden Aufnahme im Knappschaftslazarett zu Bielschowitz.

Der Typhus ist im lothringischen Industriegebiet und zwar in Hayingen, Jettich und Neutzingen ausgebrochen. In Hayingen gibt es schon 34 Fälle.

Typhus herrscht auch in der Jägerkaserne zu Bliedach (Alger). Dem Vernehmen nach sind bisher bereits 18 Erkrankungen und 6 Todesfälle vorgekommen.

Verhaftet wurde in Weidenau der Italiener Erminio Perteghin, der zwischen Bienenholz und Kirche den Arbeiter Robert Schmidt meuchlings niedergeschossen, verkrüppelt und beraubt hat.

Beim Ersteigen des Babarinesfelsens in der sächsischen Schweiz ist infolge Seilreisens ein Dresdener Tourist abgestürzt. Er wurde schwer verletzt. Die Regierung will die Kletterei in der sächsischen Schweiz verbieten.

Eine halbe Million unterschlagen. In dem siebenbürgischen Städtchen Bros ist der Oberkassierer der Stadt Moritz Schuller durchgegangen. Es verlautet, daß ein Mantel von über 1/2 Million Kronen vorhanden ist. Der Defraudant soll nach Rumänien geflüchtet sein.

Der 100 000 Mark-Gewinn der dritten Ziehung der königlichen preussischen Klassenlotterie ist auf die Nr. 162 243 in eine Kollekte nach Dirschau gefallen. Das Los wird in ein zehntel Teilen gespielt. Die glücklichen Gewinner sind durchweg weniger bemittelte Leute, die das Geld gut gebrauchen können.

Im Zuge bestohlen. In einem Budapester Zuge wurde einem Reisenden von einem Mitfahrenden die Brieftasche mit 14 000 Kronen gestohlen. Der Täter ist unbemerkt entkommen.

3 Radfahrer hatten auf der Heimfahrt nach Mülid den Ueberfahrtsweg Zeit-Exzelsior der Altenburgerbahn zu passieren, der ohne Schranken war. Einer der Radfahrer, der zurück geblieben war, verlor den Vorderrad, als ein Zug herangebraust kam. Er wurde von diesem erfasst und arg verkrüppelt.

Feuer im Rathaus. Von einem Brande wurde das Rathaus zu Jüterbog heimgesucht. Dasselbe brach in einer Dachkammer umweit des Turmes, in dem Holz, Kohlen, alte Alten, Bretter und Teppichläufer lagerten, aus und griff so schnell um sich, daß es die ganze Kammer, sowie die Treppe, die zum Turm führt, in ein Flammenmeer hüllte. Das Feuer wurde erst spät von einem Gefangenen des angrenzenden Gefängnisses gelöscht. Da das alte Rathaus sehr baufällig ist, so war die Gefahr sehr groß, doch gelang es der Ortsfeuerwehr, das Brandes rechtzeitig Herr zu werden. Das Feuer entstand durch Unvorsichtigkeit einer Aufwärterin, die auf dem Boden ein Streichholz anbrannte und es fortwarf.

Eine Liebestragödie hat in Lemberg ihren jähren Abschluß gefunden. Die Studentin der Philosophie, Sophie Horwiz, unterhielt seit mehreren Jahren ein Liebesverhältnis mit dem Gerichtsbeamten Dr. Buber, es kam jedoch zu Streitigkeiten, worauf Buber das Verhältnis löste. Das junge Mädchen klagte darauf wegen Bruchs des Eheversprechens und Buber wurde erstinstanzlich zu 10 000 Kronen Geldstrafe an. Fräulein Horwiz verurteilt. In der zweiten Instanz wurde Dr. Buber aber freigesprochen und die junge Dame mit ihrer Klage völlig abgewiesen. Am Tage nach der Urteilsfällung erschoss sie sich.

Die Verhaftung einer jungen Russin wird gegenwärtig in Baden-Baden viel besprochen; ihre Festnahme erfolgte auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Darmstadt. Die Verhaftete nennt sich Prascovia Stepanowna Kornuschina aus Jermoschina und gibt sich für eine russische Kreuzkriegerin aus. Sie wird beschuldigt, zum Nachteil der russischen Gesandtschaft in Darmstadt Betrügereien verübt zu haben. Die Russin wurde in das Darmstädter Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Abgestürzt. Am Schloßberggasthof in der Tiltisgruppe stürzten zwei Eisenbahnangestellte von Wintertur 50 Meter tief über eine überhängende Eiswand ab. Der eine, Müller, wurde durch den Sturz und Schlag des Eises sofort getötet, der zweite, Carl Brunger, obwohl selbst erheblich verletzt, brachte die Unglücksbotschaft zu Tal. Die unter Eis begrabene Leiche Müllers wurde spät abends geborgen.

Ein großes Feuer wütete in Tiltisdorf. Zwei Kinder im Alter von 5—6 Jahren haben in den Flammen ihren Tod gefunden.

Ein schreckliches Familiendrama scheint sich in der Umgegend von Nizza abgespielt zu haben. In einem Gehäus bei Cagnes, 10 Kilometer von Nizza, wurden die Leichen eines Mannes, einer Frau und eines Mädchens, alle drei mit Schußwunden aufgefunden. Ihre Identität ist noch nicht festgestellt. Der Augenschein zeigt, daß der Tod vor vier Tagen erfolgt sein muß.

Von der Benediktinerwand ist der Techniker Hugo Mayer abgestürzt und tot liegen geblieben.

Im Sarge erwacht. Daß von Zeit zu Zeit immer noch Fälle vorkommen, wo Scheintote begraben werden u. dann im Grabe wieder zum Bewußtsein kommen, beweist ein Vorfall, über den aus Trier gemeldet wird: In Kaufen in Lothringen hörte der Totengräber beim Aufschauen eines frischen Grabes aus dem benachbarten Grabe fortgesetztes Klopfen. Er benachrichtigte den Pfarrer und den Bürgermeister; das Grab wurde geöffnet und festgestellt, daß der Begrabene im Sarge wieder erwacht und dann erstickt war.

Einrichtung der Präsidentenmörder. Florencio Morales und Bernardo Mora, welche überführt wurden, den früheren Präsidenten von Guatemala, Barrios, am 7. April d. J. ermordet zu haben, sind hingerichtet worden. Damit endet eine Episode, welche damals zu einem Kriege zwischen Mexiko und Guatemala zu führen drohte.

Neueste Nachrichten

(W. Continental-Telegraphen-Kompagnie (Wolffs Bureau). A. Hirsch's Telegraphisches Bureau; E. Privatmelungen.)

(Morenga will sich unterwerfen.) Amtlich wird mitgeteilt: Nach telegraphischer Meldung des Gouverneurs von Südwestafrika befindet sich Morenga mit 12 Kaffern und 8 Gewehren in der Gamsib-Bucht und hat um Aufnahme in das Bوندela swartabkommen gebeten. Der Gouverneur ließ Morenga darauf mitteilen, daß er bereit sei, die Unterwerfung anzunehmen, falls Morenga die Waffen abliefern und friedlich im Lande zu leben verspreche. Tuer dieses, so werde er wegen seiner Straftaten nicht zur Verantwortung gezogen und die Möglichkeit zum Leben durch Viehhaltung haben. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschlusse gelangt.

H Braunschweig, 11. Sept. Die hiesigen Bauhilfsarbeiter sind gestern sämtlich in den Ausstand getreten, infolgedessen stehen alle Bauten still.

München, 11. Sept. Der Ministerrat beschloß, daß dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hoffpater, der als Arbeiter in den Münchener Zentralwerkstätten beschäftigt ist, auf die Dauer der Landtagsession unter Weiterzahlung seines Lohnes Urlaub zu gewähren sei.

H München, 11. Sept. Im Mordprozeß Niederhofer, der am 23. d. M. beginnt, und voraussichtlich eine Woche dauern wird, sind mehr als 200 Zeugen geladen. Ueber 400 Eintrittskarten sind bereits verlangt.

Budapest, 11. Sept. Die Glashütte in Hegocz im Komitat Zemplin ist vollständig niedergebrannt. Die Arbeiterhäuser und die Magazine wurden gerettet. Die Glashütte wird wieder aufgebaut.

Das englische Militärluftschiff.

W Aldershot, 11. Sept. Das neue englische Militärluftschiff hat gestern seinen ersten Aufstieg und eine Rundfahrt um die Ortschaft Farnborough unternommen. Es stieg 400 bis 500 Fuß hoch auf. Als es sich ungefähr eine halbe Stunde in der Luft befand, hörte die Schraube plötzlich auf zu arbeiten. Der Treibriemen war gerissen und das Luftschiff wurde langsam zur Erde geholt. Der Unfall soll indessen durchaus nichts an dem Erfolg des Aufstieges ändern; das Luftschiff soll sich vielmehr als schnell und lenkbar erwiesen haben.

W Aldershot, 11. Sept. Das Militärluftschiff stieg nachdem eine kleine Reparatur an der Maschine vorgenommen worden war, wieder auf und beschrieb einen Kreis von etwa 3 Meilen Umfang in einer Höhe von einer halben Meile. Der Ballon besitzt nur für drei Personen Besatzung Tragfähigkeit.

Knorr's Reismehl

Als Zusatz zur Milch eine ergiebige, leicht verdauliche Kinder-nahrung und zugleich ein bewährter Zusatz zu Puddings und feinen Backwaren.

Nähre mit „Knorr“.

m 5906 869

Ersparnisse im Haushalt macht jede Dame durch die Selbstanfertigung ihrer eigenen Garderobe und die ihrer Kinder. Gerade jetzt ist die richtige Zeit für den Herbst die „Moden-Zeitung fürs Deutsche Haus“ zu bestellen, die zu dem billigen Preise von nur 15 Pfg. pro Heft jährlich circa 1800 Modelle für Damen- und Kindergarderobe und einem doppelseitigen, gebrauchsfertigen, Schnittbogen in jedem Modenheft bringt. Es gibt von der „Moden-Zeitung fürs Deutsche Haus“ eine Vierteljahrsausgabe, die nur Moden enthält, und eine Wochen-Ausgabe, die außer Damen- u. Kindergarderobe noch gute Romane, Rätsel, Quiz und Sanbarbeiten bringt. Die wichtigsten Ereignisse der Woche werden in der Gratis-Beilage: „Illustrierte Chronik der Zeit“, die jedem Heft beiliegt, in Bild und Text behandelt. Der unserer heutigen Nummer beiliegende Prospekt gibt Ihnen genauere Auskunft über die jetzt so sehr beliebte und wirkliche empfehlenswerte „Moden-Zeitung fürs Deutsche Haus“. Für die Bestellung wollen Sie die dem anliegenden Prospekt beifügte Bestellkarte ausschneiden.

Druck u. Verlag von C. Wab in Hörde. Verantw. Red. Fr. Meyer, Kamen.

Kartoffel- und Kumpelverkauf Methler.

Samstag den 14. d. M., nachmittags 5 Uhr anfangend, läßt Herr Karl Kover in Methler die Kartoffel-frucht von ca. 8 Morgen u. die Kumpeln von ca. 5 Morgen Landes, im Methler Felde belegen, in größeren u. kleineren Abteilungen durch den Unterzeichneten zum Verkauf aussetzen. Zusammenkunft bei dem Wirt W. Lunke in Methler.

Kaiseran, den 10. Sept. 1907.

Friedrich Brüninghaus, Auktionator.

Sie finden Käufer oder Teilhaber

für jede Art hiesiger oder auswärtiger Geschäfte, Fabriken, Grundstücke, Güter, Gewerbebetriebe rasch und verschwiegen ohne Provision, da kein Agent, durch KSn a/Rh. 112 E. Kommen Nachf. Kreuzgasse 8, I. Verlangen Sie kostenfreien Besuch zwecks Besichtigung und Rücksprache. Infolge der, auf meine Kosten, in 900 Leuten erscheinenden Inserate bin stets mit ca. 2500 kapitalkräftigen Rekrutanten aus ganz Deutschland und Nachbarstaaten in Verbindung, daher meine enormen Erfolge, glänzenden und zahlreichen Anerkennungen. Altes Unternehmen mit eigenen Bureau's Dresden, Leipzig, Hannover, Köln a/Rh. und Karlsruhe (Baden).

Kammerer Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg. *********

Volksfreund für Frauen und Umgebung

Expedition von J. Frombach in Bremen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig. *******

Nr. 110.

Donnerstag den 12. September 1907.

35. Jahrgang.

Zweites Blatt.

An unsere deutschen Jungen.

Ihr deutschen Jungens, seht Ihr nicht,
Wie rings auf allen Seiten
Im Nebel und im Dämmerlicht
Die Feinde uns umreiten?
Sebeugt auf ihres Gaules Mähnen
Mit heimlichem Geraune,
So reiten sie und spähn und spähn
Nach einer Lück' im Zaune.

Wie das sie in die Augen beißt!
Die Aecker stehn in Halmen,
Die Weberspule surrt und freist,
Die Schornsteinsäulen qualmen,
Und unterm fernsten Himmelsstrich
Die Riesenboote fahren;
Deutschland will an der Sonne sich
Den Platz wie Andre wahren.

Auf Deutschland, Jungens, seid nur stolz,
Ob blau'n, ob roten Blutes;
Ihr seid ja all aus einem Holz
Und eines deutschen Mutes,
Und seht Ihr Jemand draußen stehn:
Wenn er sein Leben liebt,
Sagt ihm, er solle seitwärts gehn;
Denn hier, hier seht's nur Liebe.

Gähnt doch wer über'n Zaun daher
In toller Hundstagshitze,
Reißt an die Schulter das Gewehr
Und senkt die Lanzenspitze
Und drauf durch Heide, Moor und Ried
Im ersten Morgengrauen!
O Lust, solch einem Störenfried
Das Fell mal zu verhauen!

Ad. Gy. Waldhausen in der „Jugend“.

Zu dem französischen Vorschlage

betreffend die Durchlöcherung der Algecirasakte in einem überaus wichtigen Punkt hat die deutsche Regierung sich ziemlich entgegenkommend geäußert. In der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Montag lesen wir folgendes:

In einem Memorandum der hiesigen französischen Botschaft vom 2. September wurde mitgeteilt, daß es in der Absicht der französischen Regierung liege, im Einvernehmen mit der spanischen Regierung und mit den eigenen Mitteln beider Mächte in denjenigen Vertragshäfen Marokkos, wo eine solche Maßregel als notwendig erkannt werden würde, eine provisorische Polizei einzurichten mit dem Zweck, daselbst die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Bildung der in der Akte von Algeciras vorgesehenen marokkanischen Polizeitruppen zu erleichtern. — Hierauf hat die deutsche Regierung geantwortet, sie habe von dieser Mitteilung und von der in dem Memorandum gegebenen Begründung Kenntnis genommen. Sie entnehme daraus, daß die in Aussicht genommenen Maßregeln provisorischen Charakters sein und den Bestimmungen der Akte von Algeciras nicht präjudizieren werden. Die deutsche Regierung habe die Befugnis Frankreichs, sich für die Vorgänge von Casablanca Genugtuung zu verschaffen, anerkannt und beabsichtigt nicht, der von Frankreich aus diesem Unternehmen und durch außergewöhnliche Umstände motivierten Aktion Schwierigkeiten zu bereiten. Sie hoffe und wünsche jedoch, daß sich schwere Schädigungen der fremden Kaufleute wie die in Casablanca erlittenen nicht wiederholen möchten. Die deutsche Regierung mache deshalb darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des deutschen Geschäftsträgers in Tanger die in der Akte von Algeciras nicht vorgesehene Aufstellung fremder Polizeitruppen unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Angriff der Bergstämme auf die Stadt und erste Gefahr für Leben und Gut der Europäer hervorrufen könnte, zumal wenn jene Maßregel nicht unter dem Schutze militärisch unbedingt genügender Kräfte vollzogen würde. Die gleiche Gefahr dürfte auch in anderen Hafenorten bestehen.

Japanerhetze in Kanada.

Pöblich ist eine englisch-japanische Affäre entstanden, deren Tragweite noch nicht zu überblicken ist, deren große Wichtigkeit aber beim ersten Blick einleuchtet. Es haben auf der Insel Vancouver, dem äußer-

sten Punkt von Britisch-Nordamerika, antijapanische Unruhen stattgefunden, deren Charakter noch ernster war als die Ausbrüche in San Francisco.

In Kanada, demjenigen Teil des britischen Weltreichs, wo der allbritische Imperialismus am meisten entwickelt ist, bekundet die Bevölkerung denselben glühenden Haß gegen die gelbe Rasse, der schon in Kalifornien Unheil angestiftet und die Vereinigten Staaten beinahe in einen Krieg mit Japan hineingeheißt hat. Nimmt die englische Regierung Stellung gegen die kanadische Bevölkerung, so entstehen Differenzen zwischen dem Mutterlande und der für die Zukunft wichtigsten Kolonie. Unterläßt die englische Regierung diese Stellungnahme, so ist der Verbündete im fernen Osten beleidigt. Man wird die Entwicklung dieser Affäre mit großem Interesse verfolgen müssen.

Die Unruhen fingen in Vancouver in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag an. Der Gouverneur von Britisch-Kolumbien wurde verhöhnt, weil er sich geweigert hatte, der Vorlage zuzustimmen, die bezweckte, die Japaner aus Britisch-Kolumbien auszuschließen. Sein Abbild wurde auf der Straße öffentlich verbrannt. Die Volksmenge griff das chinesische Viertel an und demolierte Häuser sowie Geschäfte. Dreitausend Chinesen und Japaner flüchteten in die Vorstädte, um der Wut der Volksmenge zu entgehen. Darauf griff die Volksmenge das japanische Viertel an, wo noch größerer Schaden angerichtet wurde. Die Japaner sammelten sich und rüsteten sich zur Verteidigung ihres Eigentums, sowie des eigenen Lebens. Pöblich stürmten die Japaner unter wildem Banzai-Rufen gegen die englische Volksmenge, um diese zurückzutreiben. Die Japaner hatten sich mit Messern, Stöcken und Revolvern bewaffnet. Es fand ein heftiger Kampf zwischen Engländern und Japanern statt, wobei die Japaner einen glänzenden Sieg davontrugen. Die angreifende Volksmenge wurde vertrieben. Die Unruhen dauern fort. Der Bürgermeister erließ eine Proklamation, um die antijapanische Bewegung strengstens zu verurteilen. Er fordert die Bevölkerung auf, die Rechte der gelben Einwohner zu achten.

Deutschland.

— Eine Kabinettsorder des Kaisers an den Prinzen Heinrich. An den Admiral Prinzen Heinrich, Chef der Hochseeflotte, ist folgende Kaiserliche Kabinettsorder ergangen:

„Als Ich Ew. Königliche Hoheit vor Jahresfrist auf den wichtigen Posten des Flottenchefs berief, deutete Ich in Meiner Order vom 13. September vorigen Jahres in kurzen Zügen die vielseitigen und hohen Aufgaben an, die Ew. Königlichen Hoheit in dem gegenwärtigen Stadium unserer Flottenentwicklung harren. Diese haben zum Abschluß gebrachten Flottenmanöver haben zu Meiner großen Freude und Genugtuung in allen Phasen Mein Vertrauen an Ihre seemannischen und militärischen Fähigkeiten sowie in Ihre Führereigenschaften in vollstem Maße gerechtfertigt. Es drängt Mich, Ew. Königl. Hoheit aus vollem und wärmstem Herzen zu dem in so kurzer Zeit Erreichten Glück zu wünschen, Ihnen zu danken für die Hingabe, mit der Sie sich der Erfüllung der Aufgaben als Flottenchef gewidmet haben und Ew. Königl. Hoheit auszusprechen, daß Ich der weiteren Entwicklung der Hochseeflotte in Ew. Königl. Hoheit voll freudiger Zuversicht entgegensehe. In dem Ich Mir die Besprechung der Einzelheiten für die Kritik vorbehalte, erlaube Ich Sie, den Admiralen, Kommandanten und Offizieren Meine vollste Anerkennung und den Mannschaften Meine vollste Zufriedenheit mit ihrem Eifer, ihrer Haltung und ihren Leistungen auszusprechen. Zur besonderen Freude und Genugtuung gereicht es Mir, daß das Maschinistenpersonal in vollster Hingabe an seinen Beruf und in zäher Ausdauer Hervorragendes geleistet und sich den höchsten Anforderungen gewachsen gezeigt hat. Die in der Anlage verzeichneten Gnadenbeweise sind bekannt zu geben. Die Ordensdekorationen für die Angehörigen der Hochseeflotte und der ihr für die Dauer der Manöver unterstellten Schiffsverbände folgen nebenbei.“

Gegenben an Bord Meiner Yacht „Hohenzollern“, gez. Wilhelm.“

— Aus Wilhelmshöhe wird gemeldet: Die Kaiserin promenierte Montag nachmittag zum ersten Male auf dem Schloßplatz. Sonntag wohnte die Kaiserin dem Gottesdienst in der Schloßkapelle bei, wohin sie im Rollstuhl gefahren wurde.

— (Die Blockpolitik.) Den Beratungen des Fürsten Bülow mit Politikern der Blockparteien in Nordberney widmet die freisinnige „Vossische Zeitung“ einen Leitartikel, in dem sie u. a. schreibt: „Die konservativ-liberale Paarung erfordert die ganze diplomatische Kunst eines geschickten Staatsmannes, denn, wie er die Konservativen überzeugen muß, daß ihre eingewurzelten Vorurteile gegen die bürgerliche Linke sich mit der Entwicklung des Vaterlandes nicht vertragen und andere Reiten andere Parteigruppierungen und an-

dere Regierungsmagimen erheischen, ebenso muß er die Liberalen zu überreden suchen, sich nicht von denen ins Schlepptau nehmen zu lassen, die alles Heil von einem Bündnis mit der Sozialdemokratie erwarten und das Gute verschmähen auf der Jagd nach dem Besseren. Der Reichskanzler wird, des sind wir gewiß, bei den Verhandlungen in Nordberney volles Einverständnis für die politische Lage gefunden haben. Er wird erkannt haben, daß die Führer der Linken bereit sind, mit der Regierung zusammen zu gehen, soweit es ihnen ihre Grundsätze gestatten, daß sie aber diese Grundsätze nicht aufzugeben vermögen. Es wird mithin Sache der praktischen Erfahrung sein, welchen Erfolg die Blockpolitik hat. Einweisen hat der Liberalismus keinen Anlaß, sich zu ihr abzulehnen zu stellen. Wenn er seine Prinzipien nicht preisgibt, hat er bei der konservativ-liberalen Paarung nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen.“ Das Blatt gibt zum Schluß der Vermutung Ausdruck, daß die Unterredungen des Kanzlers mit Mitgliedern der verschiedenen Blockparteien sich nicht als erfolglos erweisen werden.

Wie verschiedene Berliner Blätter melden, finden ähnliche Besprechungen wie in Nordberney zwischen dem Fürsten Bülow und Vertretern der Blockparteien auch in Berlin statt, namentlich beim Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Herrn v. Beethmann-Hellweg.

— (Die Polenvorlage.) Die „Deutsche Warte“ teilt mit, daß die Polenvorlage dem Landtage jedenfalls vor dem Entwurf zur Neuordnung der Beamtengehälter zu gehen werde. Da letztere erst nach Weihnachten, wie sicher anzunehmen sei, dem Parlament unterbreitet werden könne, so sei die Einberufung des Landtages vor Weihnachten so gut wie sicher. Eine Ausdehnung des bestehenden Enteignungsrechtes auf die Funktionen der Ansiedlungskommission habe eine Verfassungsänderung, die von einzelnen Blättern angekündigt wurde, nicht zur Voraussetzung.

— (Manöver und Ernte.) Aus Königsberg i. Pr. meldet ein Telegramm: Der Antrag des Generalkommandos, alle berittenen Waffen nach dem Manöver mit der Eisenbahn in die Garnisonen zu befördern, ist laut amtlicher Mitteilung trotz der sehr hohen Kosten im Interesse der Landwirtschaft vom königlichen Kriegsministerium genehmigt worden.

— Die Versöhnung zwischen Schaumburg-Lippe und Lippe-Deimold ist nun endgültig besiegelt. Nach der „Rhein-Westf. Ztg.“ hat der Gebirgsbesuch, den das Fürstenpaar von Schaumburg-Lippe dem regierenden Fürsten zur Lippe schuldig war, seinen stattgefunden. Fürst Leopold zu Lippe weist augenblicklich mit seiner Familie auf seinem Sommerloß Schieder, diese Sommerresidenz war demgemäß auch der Ort der Zusammenkunft. Damit ist nun diese Feindschaft, die seinerzeit durch die Anteilnahme Kaiser Wilhelms einiges Aufsehen erregte, endgültig aus der Welt geschafft. Der Kaiser soll sich über diese neuen freundschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden verwandten Fürstenhäusern höchst befriedigt ausgesprochen haben.

— (Wiedervermählung der Gräfin Montignoso?) Der „V.-M.“ läßt sich aus London melden: Dienstag wird hier die Ankunft der Gräfin Montignoso erwartet. Der Grund ihres Besuches ist ihre bevorstehende Trauung mit dem 26jährigen Florentiner Sänger Toselli.

— Das Kriegsgericht in Dresden verurteilte den Unteroffizier Schmidt vom Leib-Grenadier-Regiment wegen Mißhandlung in 148 Fällen zu 45 Tagen Gefängnis.

— (Die neue Landesverratsaffäre.) Das Reichsgericht in Leipzig hat am Sonnabend gegen den verhafteten Solinger „Redakteur“ Schiawara und drei Genossen die Untersuchung wegen Hochverrats eingeleitet. Schiawara wird in den nächsten Tagen nach Leipzig überführt.

— (Nochmals der Fall Gädtke.) Die Affäre des Obersten a. D. Gädtke beschäftigte wiederum das Berliner Schöffengericht, das Herrn Gädtke abermals von der Anklage auf unbefugte Titelführung freisprach. Das Gericht ist, wie der Vorsitzende in längeren Ausführungen juristischer Natur darlegte, zu der Entscheidung gekommen, daß eine königliche Verordnung ein Armeebefehl ist, dem nur die zur Armee gehörenden Personen unterstehen. Für den Angeklagten, der auf das Recht zum Tragen der Uniform verzichtet hat, sei das Ehrengericht nicht mehr zuständig, denn unter Militärpersonen, die der Kommandogewalt des Oberbefehlshabers unterstehen, sind die Offiziere a. D. nicht zu verstehen. Damit entfällt die Möglichkeit, sie der Armeedisziplin zu unterstellen. Ein Akt aber, durch welchen Nichtmilitärs Titel entzogen werden, sei als Regierungsaft zu betrachten, und ein solcher bedürfte nach Art. 44 der preussischen Verfassung ministerieller Gegenzeichnung. Der Gerichtshof hat daher auf Freisprechung erkannt und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.